

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
165 · Ausgabe Region Bern · Sept. 2016



SP

Wir kaufen unseren Boden zurück!

BAUEN AUF GUT ERSCHLOSSENEN FLÄCHEN IN DER REGION BERN WURDE IN DER VERGANGENHEIT VON DER BEVÖLKERUNG OFT ABGELEHNT. DIES FÜHRTE ZU WOHNUNGSKNAPPHEIT, FEHLENDEM GEWERBERAUM UND ZU DEN MITTLERWEILE LÄNGSTEN PENDLERWEGEN IN DER GANZEN SCHWEIZ. WIE KAM ES DAZU UND WAS KÖNNEN WIR ALS SP GEGEN STEIGENDE MIETEN UND ZUNEHMENDEN PENDLERVERKEHR UNTERNEHMEN?

Bis Ende der 80er-Jahre hatte die Spekulation der profitorientierten Unternehmen und GrundeigentümerInnen auf dem Immobilienmarkt stark zugenommen. Mit dem Platzen der Immobilienblase wurde das Vertrauen der Bevölkerung in die Bauwirtschaft nachhaltig zerstört. Während in den 80er-Jahren noch rege Bauland eingezont wurde, lehnte die Bevölkerung dies danach zunehmend ab. Zum Teil wurde auch bereits eingezontes Land nicht überbaut, wie z.B. das Morillongut in Wabern.

Die Denkpause war nötig, um ein neues Bauverständnis zu entwickeln. Unterdessen wurden aber die Pendlerwege länger, da die Wohnungsknappheit in Zentrumsnähe in peripheren Dörfern kompensiert wurde. Die steigende Wohnungsnot in der Kernagglomeration und die starke Zunahme von volkswirtschaftlich teuren Einfamilienhaus-siedlungen in der Peripherie müssen im Zusammenhang mit den fehlenden Stadterweiterungen gesehen werden.

Der grandiose Abstimmungserfolg der Wohn-Initiative der SP in der Stadt Bern zeigt, wie das Vertrauen der Bevölkerung in Neubauprojekte zurückgewonnen werden kann. Beispielsweise indem Land für Genossenschaften reserviert wird. Die Zustimmung der Bevölkerung zur Teilüberbauung des Viererfeldes wäre ohne Garantie für spekulationsfreies Wohnen nicht denkbar gewesen. Die Wohninitiative setzt bei der Raumplanung an, hat jedoch keine direkten Auswirkungen auf den Immobilienbestand. Dort sind die Eigentumsverhältnisse entscheidend. So scheitert innere Verdichtung häufig an den komplexen Besitzstrukturen. Wenn Wohnungen saniert werden, nutzen die EigentümerInnen die Wohnungsknappheit aus und erhöhen die Mieten so weit als möglich. Und beliebte Orte, die nicht genügend Rendite erzielen, geraten unter Druck und werden aufgegeben. Die Markthalle war das beste Beispiel dafür.

Die entscheidende Frage ist und bleibt: Wem gehört es? Durch den



Fabian Bauer,
Co-Präsident SP Bern Süd

Innere Verdichtung scheitert häufig an den komplexen Besitzstrukturen.

Kauf von Boden und Immobilien durch die öffentliche Hand kann die Wohn-Initiative ideal ergänzt werden. Die Bedürfnisse der Bevölkerung können in die Politik eingebracht und konkret umgesetzt werden. Damit erhöhen wir den Handlungsspielraum der Politik angesichts der bestehenden Abhängigkeit vom privaten Grundbesitz. Der Zeitpunkt für eine intensive aktive Bodenpolitik ist günstig. Gemeinden, Kantone und der Bund erhalten aktuell Kredite häufig zu Negativzinsen.

Die Gemeinde Köniz hat es vorgemacht. Der Rahmenkredit für den Erwerb von Liegenschaften wurde im Februar 2016 um 25 Millionen aufgestockt. Die Zustimmung beim Urnengang betrug über 67 Prozent. Das Anliegen ist nicht nur sinnvoll, sondern wie die Wohninitiative äusserst populär. Insbesondere Areale von grossem öffentlichen Interesse, wie das Gaswerkareal in der Stadt Bern, müssen zwingend gekauft werden, um sie für alle statt für wenige zu entwickeln.

Die Gemeindepräsidiums-Kandidaten der SP in der Region Bern

DIESEN HERBST TRITT DIE SP IN VERSCHIEDENEN GEMEINDEN DER REGION ZU DEN GEMEINDEPRÄSIDIUMS-WAHLEN AN. URSULA WYSS, DIE FÜR DAS AMT DER STADTPRÄSIDENTIN VON BERN KANDIDIERT, WAR IN DER MAI-AUSGABE BEREITS MIT REGIOLINKS IM GESPRÄCH. IM FOLGENDEN STELLEN SICH DIE SP-KANDIDATEN FÜR DIE GEMEINDEPRÄSIDIEN VON MÜNCHENBUCHSEE, URTENEN-SCHÖNBÜHL UND WORB VOR.

Münchenbuchsee

FRED GERBER

1953, Baufachmann, dipl. Gemeindepolitiker



Ich bin sportbegeistert, fotografiere und reise sehr gerne. Nach acht Jahren im Grossen Gemeinderat, davon ein Jahr als Präsident, und fünf Jahre als Gemeinderat und Departementsvorsteher Hochbau würde ich die Herausforderung als Gemeindepräsident gerne annehmen, um die bevorstehenden Projekte wie innere Verdichtung, Energieleitbild und Ortsplanrevision begleiten und vorantreiben zu können.

Es wäre mir ein Anliegen, in Münchenbuchsee mehr bezahlbare Wohnungen für Familien, Alleinerziehende und Senioren zu ermöglichen. Im Hinblick auf die Demografie müssten diese auch hindernisfrei und altersgerecht gebaut werden.

www.sp-buchsi.ch

Wahltermin 27. November 2016

Urtenen-Schönbühl

HEINZ NUSSBAUM

1964, dipl. Steuerexperte



Meine Freizeit verbringe ich gerne in der Natur zusammen mit meiner Familie und unseren Tieren (Hund, Pony und Pferd). Zudem engagiere ich mich seit meiner Jugendzeit in verschiedenen Vereinen und Behörden. Seit 2010 bin ich als Gemeinderat für Soziales und Gesundheit zuständig.

Mit tragbaren und nachhaltigen Lösungen gemeinsam unsere Zukunft gestalten! Für dieses Ziel übernehme ich gerne Verantwortung. Deshalb kandidiere ich für das Amt des Gemeinderatspräsidenten. Die folgenden Anliegen und Werte sind mir wichtig:

- familienergänzende Kinderbetreuung, Familie und eine gut funktionierende Dorfgemeinschaft
- eine hohe Wohn- und Lebensqualität, ein leistungsfähiger öffentlicher Verkehr und eine nachhaltige Entwicklung
- eine menschliche, vernetzte, team- und lösungsorientierte Arbeit
- eine wirkungsvolle Sozialpolitik verbunden mit fortschrittlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

www.sp-urtenen.ch

Wahltermin 27. November 2016

Worb

CHRISTOPH MOSER

1961, Musikschulleiter



Jetzt Schub für Worb! Es ist an der Zeit, dass Worb wieder geführt wird. Als Gemeindepräsident von Bangerten, Enggistein, Richigen, Ried, Rüfenacht, Vielbringen, Wattenwil und Worb will ich die Herausforderungen anpacken, nicht aussitzen. Meine drei Kernthemen:

- strategische Führung und zügige Umsetzung von Projekten: z.B. jährlicher Informationsaustausch mit der Bevölkerung; Dependance der Gemeindeverwaltung in Rüfenacht.
- gemeinsame Entwicklung unseres Lebensraums und Wirtschaftsstandorts: z. B. Ortsplanung mit den Betroffenen; bezahlbarer Wohnraum für alle; Rundkurs Ortsbus.
- ausgeglichener Finanzhaushalt.

Es ist wirklich an der Zeit, dass wir Worb gemeinsam voranbringen.

www.moserchristoph.ch

Wahltermin 27. November 2016



Die Reitschule öffnet wieder – die Probleme bleiben

DIE BERNER REITSCHULE SCHLOSS ZWISCHEN DEM 9. JULI UND DEM 4. AUGUST IHRE TÜREN. DIE TEMPORÄRE SCHLISSUNG WAR EIN PROTEST GEGEN DIVERSE SOZIALE MISSTÄNDE, WELCHE NACH MEINUNG DES BETREIBERKOLLEKTIVS STADTPOLITISCH PROVOZIERT SIND UND VOR DIE REITSCHULE VERLAGERT WERDEN. DIE GENANNTE PROBLEME SIND REAL, ERFORDERLICH IST JETZT ABER EINE POLITISCHE STRATEGIE, UM DIESE ZU BEKÄMPFEN.

In ihrer Medienmitteilung vom 9. Juli schreibt die Reitschule, dass sich der Vorplatz «[...] nicht zuletzt als Konsequenz der verfehlten Jugend-, Nachtleben-, Sicherheits-, Drogen- und Asylpolitik der Stadt Bern, des Kantons und des Bundes, zum Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Probleme entwickelt [...]» habe. Am 4. August öffnete die Halle schliesslich wieder ihre Tore. Gleichzeitig wurden nun zum einen Massnahmen angekündigt, welche die Reitschule von sich aus ergreifen will, wie etwa die verstärkte Präsenz von ReitschülerInnen auf dem Vorplatz. Zum anderen wurden Forderungen an die städtische Politik gerichtet. Kurz zusammengefasst beinhalten diese die Einrichtung einer zweiten Drogenanlaufstelle, die Schaffung von mehr Freiräumen sowie eine Ombudsstelle für die Zähmung polizeilicher Repression gegen Jugendliche und Randständige.

Eine Insel im Kapitalismus?

Die angesprochenen Probleme spiegeln aber auch Widersprüche wider, in denen sich die Reitschule als alternatives Kulturzentrum selbst bewegt: primär ist es der Widerspruch,

Julian Scherler,
JUSO Stadt Bern

Erforderlich ist jetzt eine politische Strategie, um die realen Probleme zu bekämpfen.

eine Insel alternativer Kultur- und Wirtschaftsformen innerhalb kapitalistischer Verhältnisse zu sein.

Die angesprochenen Missstände gehören aber zum Kapitalismus wie der Hopfen zum Malz. Solange Boden, Miet- und Wohnraum als Waren behandelt werden, wird die Aufwertung der Innenstadt zur sterilen Shopping- und Ausgangsmeile das Stadtbild prägen. Ebenso ist die Verdrängung von Menschen, welche nicht in dieses sterile Stadtbild hineinpassen, eine Begleiterscheinung dieser Phänomene. Mit dem Anspruch, Freiraum zu sein, bietet die Reitschule folglich eine Art Refugium für junge Menschen, Randständige und die Drogenszene, wodurch auch die damit in Verbindung stehenden Probleme auf den Vorplatz verlagert werden.

Natürlich verteidigen wir entschlossen Projekte wie die Reitschule, die ein nach Profitlogik organisiertes Stadtleben hinterfragen und versuchen, aus dieser Logik ausubrechen. Allerdings kann auf lange Sicht nicht so etwas wie eine Insel im Kapitalismus existieren. Entweder erfolgt eine Wiedereingliederung in die kapitalistische Normalität,

oder die Reitschule wird zu einer Art «Stützpunkt» für eine Bewegung, welche die kapitalistischen Verhältnisse als Ganzes angreift. Dies sind auch die beiden Tendenzen, welche innerhalb der Reitschule miteinander ringen.

Wie die Probleme bekämpfen?

Die Forderungen der Reitschule bilden fürs Erste eine Reihe von relativ konkreten Anliegen, hinter die sich eine Bewegung stellen könnte. Unter bewusster politischer Führung müsste das Reitschul-Kollektiv nun mit Demonstrationen und Kampagnen Druck auf die Stadt ausüben, um diese zur Ergreifung entsprechender Massnahmen zu zwingen.

Der Grund, warum die Reitschule nicht von aussen geschlossen werden kann, liegt in ihrer Verankerung in der Berner Jugend und der entsprechenden Mobilisierungsfähigkeit. Auf dieses Potential müsste auch in der jetzigen Situation erneut zurückgegriffen werden. Nur so kann die Reitschule fürs Erste bestehen bleiben und gleichzeitig auch den Kampf für eine andere Stadt und gegen den Kapitalismus als Ganzes auf neue Schichten der Jugend ausweiten.

ARBEITSGRUPPE REGIONALE ZUSAMMENARBEIT

Gemeindeübergreifende Diskussionen und Projekte

VOR RUND DREI JAHREN TRAFEN SICH SP-PARLAMENTSMITGLIEDER AUS BERN, KÖNIZ UND OSTERMUNDIGEN ERSTMALS MIT DEM ZIEL, GEMEINSAME THEMEN ZU DISKUTIEREN UND ENTSPRECHENDE PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE AUSZUARBEITEN. MITTLERWEILE NEHMEN AUCH PARLAMENTSMITGLIEDER AUS MURI UND ZOLLIKOFEN AN DEN BESPRECHUNGEN TEIL; SOMIT SIND SÄMTLICHE PARLAMENTS-GEMEINDEN DER REGION BERN IN DER ARBEITSGRUPPE VERTRETEN.

Die gemeindeübergreifenden Diskussionen der Arbeitsgruppe werden auch für die Mitglieder der beteiligten Sektionen sichtbar: Jedes Jahr findet in einer anderen Gemeinde eine gemeinsame Delegiertenversammlung statt. An gut besuchten Veranstaltungen wurden bisher die Themen «Tram Region Bern», «Gemeindefusionen» und «Asylpolitik» diskutiert.

Hier nun ein Überblick über eine Auswahl von gemeinsam erarbeiteten Vorstössen sowie der Stand von deren Behandlung in den Parlamenten:

Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen

Mit einem Postulat wird verlangt, dass der Gemeinderat mit den benachbarten Gemeinden Kontakt aufnimmt, um eine gemeinsame «Resonanzgruppe Kernregion Bern» einzurichten. Die Resonanzgruppe soll sich aus Vertretungen der beteiligten Behörden zusammensetzen und gemeinschaftlich Ziele und Vorstellungen für die Entwicklung der Kernregion Bern entwickeln. Sie soll gemeinsame Projekte anstossen und eine Plattform bilden für urbane Interessen und eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit.

Aktueller Stand:

- Bern: Das Postulat wurde im November 2015 eingereicht; die Behandlung im Stadtrat ist voraussichtlich Ende 2016.
- Muri-Gümligen: Der Vorstoss ist auf Antrag der SP von der Regionalkommission eingereicht und im Juni 2016 vom Parlament deutlich angenommen worden.
- Ostermundigen: Der Vorstoss ist als SP-Postulat eingereicht und am 25. August 2016 vom Parlament mit 14:8 Stimmen für erheblich erklärt worden.
- Köniz: Der Vorstoss ist als Postulat eingereicht worden; die Behandlung erfolgt voraussichtlich im November 2016.

- Zollikofen: Die SP-Fraktion beurteilt die Chancen des Vorstosses als gering; bei Erfolgen in den andern Gemeinden will die Fraktion nachstossen. In der Zwischenzeit haben die Grünen einen ähnlichen Vorstoss eingereicht.

Koordination im öffentlichen Beschaffungswesen

Mit einem Postulat wird verlangt, dass der Gemeinderat prüft, mit welchen Massnahmen öffentliche Beschaffungen mit den Nachbargemeinden optimal koordiniert werden können (z. B. mit einem Koordinationstool).

Aktueller Stand:

- Bern: Das Postulat wurde im September 2015 eingereicht, die Behandlung ist voraussichtlich im Herbst 2016.
- Köniz: Das Postulat wurde im Juni 2015 eingereicht und im Februar 2016 für erheblich erklärt.
- Muri-Gümligen: Das eingereichte Postulat wurde im November 2015 im GGR behandelt, an den GR überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschlossen.
- Ostermundigen: Das SP-Postulat



Christian Zahler, SP Ostermundigen

wurde im März 2016 vom Parlament für erheblich erklärt.

- Zollikofen: Es ist ein Vorstoss vorgesehen, falls die Postulate in den anderen Gemeinden Erfolg haben.

Ausweitung des Veloverleihsystems der Stadt Bern

Bern plant die Einführung eines Veloverleihsystems; es wäre sinnvoll, das System im gleichen Zug auf die Nachbargemeinden auszudehnen.

Aktueller Stand:

- Köniz: Die Motion wurde eingereicht und vom Parlament im November 2015 für erheblich erklärt.
- Ostermundigen: Die Motion wurde im Frühjahr 2016 eingereicht, die Behandlung ist im Herbst 2016.
- Muri-Gümligen, Zollikofen: Zurzeit sind keine Vorstösse vorgesehen; beide Fraktionen sind generell an Austausch über Verkehrsfragen interessiert.

Über konkrete Schritte der Gemeinden zur Umsetzung der überwiesenen Vorstösse ist bisher nichts bekannt. Es fehlen zudem noch Stadtratsbeschlüsse in Bern. Die SP bleibt dran.

Jedes Jahr findet in einer anderen Gemeinde eine gemeinsame Versammlung statt.



Das in der Stadt Bern beschlossene Veloverleihsystem soll auch auf die Nachbargemeinden ausgeweitet werden.